



Geschäftsbereich Zentrale Steuerung und Service
101 Zentrale Steuerungsunterstützung

- E N T W U R F -

Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune

Leitfaden für die Bürgerkommune Potsdam



Landeshauptstadt Potsdam

Geschäftsbereich für Zentrale Steuerung und Service

101 Zentrale Steuerungsunterstützung

Verantwortlich: Burkhard Exner
(Beigeordneter für Zentrale Steuerung und Service)

Projektleitung: Sven Heise
(komm. Leiter Zentrale Steuerungsunterstützung)

Projektkoordination: Sibylle Strotzer (Zentrale Steuerungsunterstützung)

Projektteam: Andreas Benner (Zentrale Steuerungsunterstützung)
Martin Kühn (Universität Potsdam)
Uwe Stab (Universität Potsdam)
Dieter Jetschmanegg (Büro Oberbürgermeister)
Heike Ziegenbein (Leiterin Büro der Stadtverordnetenversammlung)
Frank Ketzel (Personalratsvorsitzender)
Hartmut Kreft (Bereich Marketing/Kommunikation)
Christa Höhnnow (Bereich Haushalt und KLR)
Dr. Reiner Pokorny (komm. Servicebereichsleiter Verwaltungsmanagement)
Tanja Wycisk (Fachbereich Recht)
Heike Fischer (Fachbereichsleiterin Schule und Sport)
Michael Kroop (Fachbereich Kultur und Museum)
Tatjana Friedel (Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz)
Alexander Lindt (Fachbereich Ordnung und Sicherheit)
Gerhard Meck (Fachbereich Soziales)
Peter Böhme (Jugendamt)
Peter Lohrenz (Fachbereichsleiter Grün- und Verkehrsflächen)
Dieter Lehmann (Fachbereichsleiter Stadtplanung und Bauordnung)

Druckerei: Landeshauptstadt Potsdam
Zentrale Dienste

Redaktionsschluss: 29. August 2005

INHALT

1	Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune.....	5
2	Bestandsaufnahme	7
2.1	Die Potsdamer Verwaltungsreform.....	7
2.2	Bürgerkommunen in anderen Städten.....	7
2.3	Gesetzliche Beteiligungsmöglichkeiten im Land Brandenburg.....	8
2.4	Zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten für Potsdamer Bürgerinnen und Bürger.....	9
2.5	Ehrenamtliches Engagement der Potsdamer Bürgerinnen und Bürger	12
2.6	Anerkennungskultur in der Landeshauptstadt Potsdam.....	13
3	Ziele der Bürgerkommune Potsdam	15
3.1	Transparenz	15
3.2	Information.....	15
3.3	Beteiligung.....	15
3.4	Zufriedenheit.....	16
3.5	Identität.....	16
4	Handlungsfelder der Bürgerkommune Potsdam.....	17
4.1	Mitwirkung bei der Gestaltung und Entwicklung der Stadt	17
4.2	Mitwirkung bei der Gestaltung und Entwicklung im Stadtteil	17
4.3	Mitwirkung bei der Entscheidung über finanzielle Prioritäten	17
4.4	Schaffung einer bürgerorientierten Verwaltung	18
4.5	Aktivierung der Bürgerschaft	19
5	Mögliche Instrumente der Bürgerkommune Potsdam.....	21
5.1	Koordinierungsstelle Bürgerkommune	21
5.2	Bürgerhäuser.....	22
5.3	Bürgerinitiativen und Vereine	22
5.4	Gremien der Stadtverordnetenversammlung und Ortsbeiräte.....	22
5.5	Zentrale Bürgerversammlungen	24
5.6	Bürgergespräche in den Stadtteilen (Sozialräumen).....	24
5.7	Stadtwanderungen des Oberbürgermeisters.....	24
5.8	Beiräte und Netzwerke	25
5.9	Themenjahre und Aktionen	25
5.10	Medien und Internet.....	26
5.11	Anerkennungskultur.....	26
6	Die nächsten Schritte.....	27
7	Anlagen	29

1 Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune

Bürgerkommune steht für eine Kommune, in der sich die Bürgerinnen und Bürger als Teilhaber am Gemeinwesen verstehen und für die Entwicklung ihrer Stadt interessieren und einsetzen. Sie bringen sich in Entscheidungen ein und helfen bei der Aufrechterhaltung, Gestaltung und Entwicklung ihrer Stadt mit. Die Bürgerinnen und Bürger einer Bürgerkommune fragen nicht nur „was kann meine Stadt für mich tun“ sondern auch „was kann ich für meine Stadt tun“. Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in wesentliche Entscheidungen wird durch einen fortlaufenden Beteiligungsprozess gesichert.

Potsdam möchte diesen Weg zur Bürgerkommune beschreiten. Hierfür ist eine grundsätzliche Veränderung des Selbstverständnisses von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft nötig. Politischen Gremien und Verwaltung müssen für Transparenz sorgen und sich um eine verstärkte Einbeziehung der Bürger vor Entscheidungen bemühen. Die Bürger selbst haben die Möglichkeit aber auch die Verantwortung, sich über erweiterte oder gänzlich neue Formen der Beteiligung an verschiedenen Prozessen der Meinungsbildung sowie der Gestaltung ihres unmittelbaren Umfeldes einzubringen.

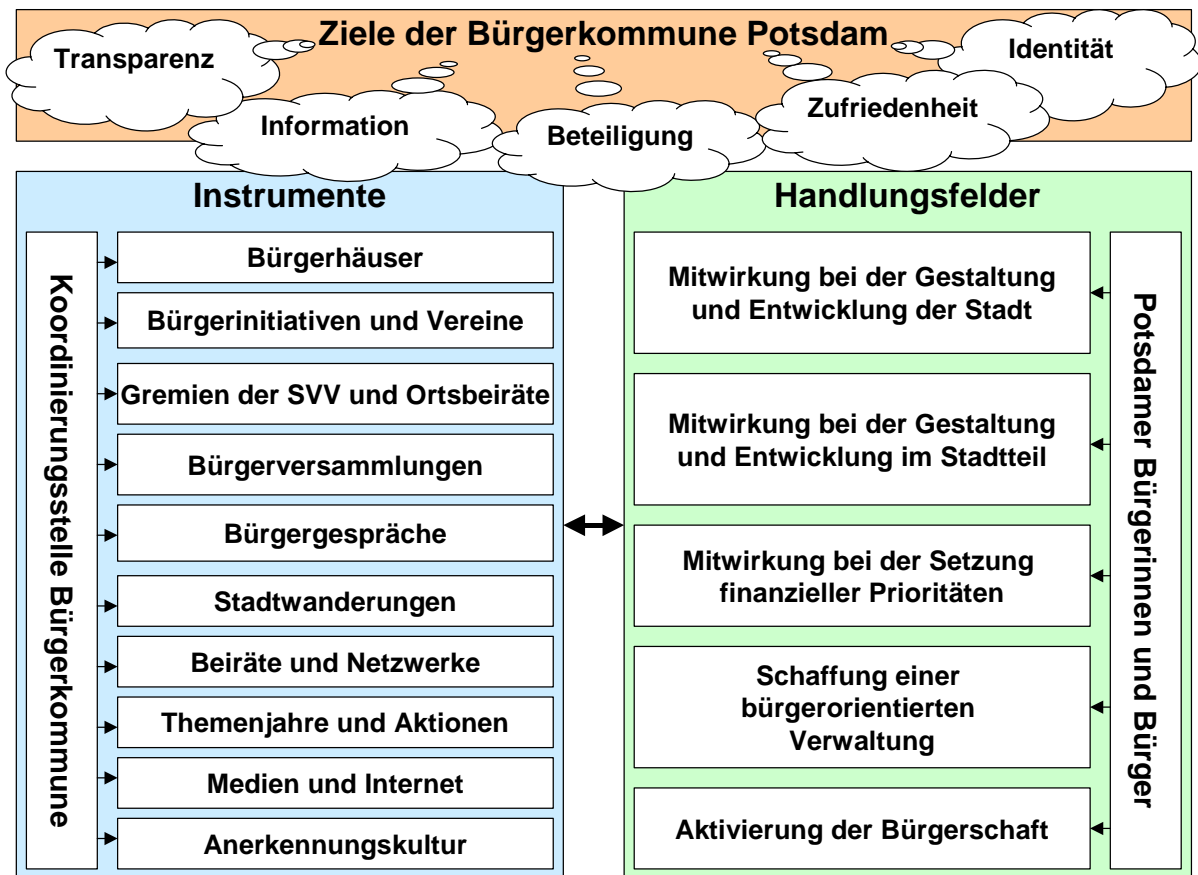
Die Stadtverordnetenversammlung (SVV) hat den Oberbürgermeister mit Beschluss vom 5. Mai 2004¹ beauftragt, ein Konzept „Bürgerkommune Potsdam“ vorzulegen. Darin sollen die verschiedenen Partizipationselemente, die es bereits in der Stadt Potsdam gibt, zu einem sinnvollen Konzept zusammengefügt und durch Elemente des Bürgerhaushalts ergänzt werden.

Diesem Beschluss folgend, hat der Oberbürgermeister am 01. Dezember 2004 der Stadtverordnetenversammlung das Rahmenkonzept „Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune“² vorgelegt. Darin ist beschrieben, wie und in welchem Zeitrahmen die Landeshauptstadt Potsdam das Konzept für eine Bürgerkommune erarbeiten wird.

In zahlreichen Diskussionen ist die Idee entstanden, die Bürgerkommune Potsdam durch die Ziele, die auf dem Weg zur Bürgerkommune erreicht werden sollen, durch die Handlungsfelder, in denen eine Bürgerbeteiligung erreicht werden soll und durch die Instrumente, durch welche die Bürger einbezogen werden können zu beschreiben:

¹ Drucksache (DS) 04/SVV/0133 Bürgerkommune Potsdam

² DS 04/SVV/0944 Rahmenkonzept „Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune“



Entsprechend hat der Leitfaden folgenden Aufbau:

- ☐ **Abschnitt 2** enthält eine **Bestandsaufnahme**: Es werden eine Vielzahl der bestehenden Partizipationsmöglichkeiten in der Landeshauptstadt Potsdam aufgezeigt sowie Beispiele für das bereits bestehende bürgerschaftliche Engagement benannt. Daneben wird beleuchtet, wie in anderen Städten die Bürgerkommune verwirklicht wird.
- ☐ **Abschnitt 3** enthält Vorschläge für konkrete **Ziele** der Bürgerkommune Potsdam.
- ☐ **Abschnitt 4** beschreibt die **Handlungsfelder** der Bürgerkommune, also die Bereiche, in denen die Mitwirkung von Bürgern erfolgen kann.
- ☐ **Abschnitt 5** beschreibt mögliche **Instrumente** der Bürgerkommune, durch welche die Einbeziehung und Mitwirkung der Potsdamer Bürger bei der Gestaltung der Stadt realisiert werden kann.

2 Bestandsaufnahme

2.1 Die Potsdamer Verwaltungsreform

Wie in vielen Städten war auch die Verwaltungsreform in der Landeshauptstadt Potsdam lange Zeit betriebswirtschaftlich orientiert und auf die Optimierung von internen Verwaltungsstrukturen und Prozessen ausgerichtet. Trotz eines relativ späten Starts der verwaltungsweiten Reformumsetzung im Jahr 1998, hat sich Potsdam nicht nur in Brandenburg eine Spitzenposition in den Bereichen Strukturreform, Budgetierung, Kostenrechnung und Projektmanagement erarbeitet. Potsdam ist Pilotkommune für die Einführung der Doppik im Land Brandenburg.

Eines der Hauptziele der Verwaltungsreform in Potsdam war jedoch auch die Verbesserung der Bürger- und Kundenorientierung. Das bekannteste Ergebnis der Verwaltungsreform in diesem Zusammenhang ist der Potsdamer Bürgerservice, der von Fachleuten und Bürgern gelobt wird und mehrfach prämiert wurde. Ideen und Forderungen der Bürger nach mehr Service, Beratung, kurzen und übersichtlichen Wegen und Orten wurden hier umgesetzt. Die Schnittstellen des Bürgers zur Stadtverwaltung wurden durch das Bürgerinformationssystem im Internet verbessert und durch Interaktionsmöglichkeiten erweitert.

2.2 Bürgerkommunen in anderen Städten

In den letzten Jahren hat sich ein Trend von der eher betriebswirtschaftlich orientierten Verwaltungsreform hin zu einer gesellschaftlich orientierten kommunalen Verwaltungs- und Politikreform ergeben. Der Leitgedanke einer „Dienstleistungskommune“ wird in vielen Städten immer stärker durch den einer „Bürgerkommune“ ergänzt.

Viele Gemeinden haben sich bereits stärker an den Interessen ihrer Bürger ausgerichtet. Das Modell der Bürgerkommune wurde entweder durch Anregungen aus der Bürgerschaft oder durch Beschlüsse der städtischen Vertretungen gestartet.

Eine Vorreiterrolle haben in Deutschland auf der Landesebene Baden-Württemberg und Nordrhein–Westfalen gespielt, da sie frühzeitig Ressourcen für verschiedene Aktivitäten auf kommunaler Ebene initiiert und finanziell unterstützt haben. Insbesondere in Nordrhein-Westfalen hat die dort ansässige „Bertelsmann-Stiftung“ in enger Zusammenarbeit mit der Landesregierung für die Ausbreitung von bürgerorientierten Programmen gesorgt. Zentraler Punkt war dabei die Schaffung von Netzwerken zwischen den Hauptakteursgruppen Verwaltung, Politik und Bürgerschaft. Am Ende eines mehrjährigen Prozesses wurde das „Leitbild Bürgerorientierte Kommune“³ von den genannten Akteuren und den ausgewählten 11 Modellkommunen gemeinsam verabschiedet; dieses Leitbild formuliert Grundsätze der Bürgerorientierung, wie z.B. Stärkung des Gemeinwesens, Integration der Bürger, Transparenz des politischen Handelns, Schaffung von vielfältigen Beteiligungsformen insbesondere für unterrepräsentierte Bevölkerungsschichten sowie Dezentralisierung von Entscheidungsprozessen.

³ Bertelsmann Stiftung und Aktive Bürgerschaft e.V.: „Aufruf zum Dialog. Leitbild Bürgerorientierte Kommune. Ergebnisse des Netzwerks CIVITAS“ , 2001

Im Anhang zu diesem Leitfaden werden einige Beispiele benannt, wie andere Gemeinden im Bundesgebiet verschiedenste Projekte entwickelt und umgesetzt haben. Die Übertragbarkeit von einzelnen Maßnahmen hängt jedoch immer von lokalen Bezugsgrößen wie Bevölkerungszahl, bürgerschaftlicher Tradition, bereits existierende Quantität und Qualität der Vereine und Initiativen sowie Umfang der finanziellen und logistischen Unterstützung ab.

Eine wichtige Erkenntnis bei allen Projekten ist die Relevanz der zeitlichen Entwicklung: „Bürgerkommune“ lässt sich nicht verordnen – vielmehr gehören längere, von einem ständigem Austausch zwischen allen Akteuren geprägte Prozesse der gegenseitigen Anerkennung, Meinungsbildung und Realisierung von einzelnen Maßnahmen dazu. Diese auf Dauer angelegte, nachhaltige Steigerung der Bürgerbeteiligung benötigt eine oftmals Jahre in Anspruch nehmende Anlaufzeit, um sich nicht nur im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, sondern um sich auch als normaler Bestandteil des kommunalen Lebens zu etablieren. Der Weg zur Bürgerkommune ist dabei nicht nur ein schwieriger Weg - viel mehr sollte dieser Prozess bereits als elementarer Bestandteil einer neuen Gestaltungs- und Vertrauenskultur angesehen werden.

2.3 Gesetzliche Beteiligungsmöglichkeiten im Land Brandenburg

In der Gemeindeordnung des Landes Brandenburg (GO Bbg) sind folgende demokratische Elemente der Bürgerbeteiligung vorgesehen:

- ☐ Einwohnerversammlung (§ 17 GO Bbg),
- ☐ Einwohnerfragestunde und Anhörung von Einwohnern (§ 18 GO Bbg),
- ☐ Einwohnerantrag (§ 19 GO Bbg),
- ☐ Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (§ 20 GO Bbg).

Mit der **Einwohnerversammlung** sollen wichtige städtische Angelegenheiten, deren Grundlagen, Ziele und Auswirkungen, insbesondere bei wichtigen Planungen und Vorhaben der Stadt, die das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Wohl der Einwohner nachhaltig berühren, frühzeitig erörtert werden können.

Die **Einwohnerfragestunde** findet in Potsdam viermal im Jahr in den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung im März/Juni/September/Dezember statt. Die Fragestunde beginnt um 17:00 Uhr und ist auf maximal 1 Stunde beschränkt.⁴

Mit dem **Einwohnerantrag** wird gefordert, dass die Stadtverordnetenversammlung über eine bestimmte Angelegenheit der Stadt berät und entscheidet. Ein Einwohnerantrag wurde in der Landeshauptstadt Potsdam noch nicht gestellt.

⁴ vgl. Amtsblatt 3/2001, Anlage der Geschäftsordnung der SVV vom 13.11.2000, Richtlinie zur Regelung der Einwohnerfragestunde in der SVV, S.15 f.

Mit dem **Bürgerbegehren** wird durch die Bürgerschaft eine **Bürgerentscheid** beantragt. Ein bekanntes Beispiel für einen Bürgerentscheid in Potsdam ist die Abwahl eines Oberbürgermeisters im Jahr 1998.

Die genannten Beteiligungsinstrumente werden in der Praxis, entsprechend ihrer formalen Hürden, sehr unterschiedlich genutzt. Während die Einwohnerfragestunde auch kurzfristig und relativ häufig von einzelnen Bürgern für Nachfragen und Anregungen genutzt wird, sind Bürgerbegehren und vor allem Bürgerentscheide eher die Ausnahme. Im bundesweiten Vergleich liegen sowohl das Mindesterfordernis von 10% aller Einwohner für ein erfolgreiches Bürgerbegehren sowie das notwendige Zustimmungsquorum von 25% aller Stimmberechtigten für einen erfolgreichen Bürgerentscheid ungefähr im Mittelfeld der gesetzlichen Hürden.

Weiterhin können sich einzelne Bürger als auch Interessengruppen oder Bürgerinitiativen im Rahmen der **frühzeitigen Bürgerbeteiligung** und der **öffentlichen Auslegung** an der Erarbeitung städtebaulicher Planungen (Flächennutzungsplan, Bebauungspläne) und der Bauleitplanung beteiligen. Die Möglichkeiten der Bürger, sich zu beteiligen sind im § 3 des Baugesetzbuches (BauGB) geregelt.

Bereits in den Kindertagesstätten sind die Eltern an der Konzeptionsentwicklung und Fragen ihrer organisatorischen Umsetzung zu beteiligen (§ 6 Kindertagesstättengesetz Brandenburg). Auch im Schulgesetz ist im § 46 die Beteiligung der Eltern und Schüler geregelt.

2.4 Zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten für Potsdamer Bürgerinnen und Bürger

Neben den genannten gesetzlichen Beteiligungsformen haben sich in der Landeshauptstadt Potsdam eine Vielzahl von Beteiligungselementen entwickelt, die hier beispielhaft aufgezählt werden:

☐ **Ausschuss für Eingaben und Beschwerden**

Während die Bürger in den einzelnen Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung Rederecht zu einzelnen Sachverhalten beantragen können, bietet ihnen der **Ausschuss für Eingaben und Beschwerden** die Möglichkeit, ihr Anliegen schriftlich an die Stadtverordneten und die Verwaltung zu richten.

☐ **Beiräte**

In Potsdam existiert ein breites Spektrum an Beiräten. Neben dem Versuch bestimmte Bevölkerungsgruppen, etwa über den Ausländer-, Senioren-, und Behindertenbeirat, besser an der Kommunalpolitik zu beteiligen, bestehen in Potsdam zusätzlich stadtteilorientierte (z.B. Beirat „Potsdamer Mitte“, Beirat „Schlaatz/Waldstädte“, Beirat „Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld“), themenspezifische (z.B. Beirat zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie, Arbeitsgruppe „Ländlicher Raum“, Beirat für Städtepartnerschaften, Beirat für kulturelle Förderung, Forum für Bildende Kunst) und kundenorientierte Beiräte (z.B. Kundenbeirat des VIP). Sie beraten Politik und Verwaltung in Angelegenheiten, die den Beirat betreffen.

☐ **Beteiligung bei der Wohnumfeldverbesserung**

Der Fachbereich Stadterneuerung und Denkmalpflege führt gemeinsam mit der Stadtkontor GmbH als Entwicklungsbeauftragte für die Potsdamer Neubaugebiete und mit den im Arbeitskreis StadtSpuren organisierten Wohnungsunternehmen regelmäßig *Informationsveranstaltungen* in den Stadtteilen Am Schlaatz, Waldstadt II, Am Stern und Drewitz durch. Das Ziel ist, die Bürger dieser Stadtteile, die zur Stadterneuerungsgebieten ernannt wurden, an der Planung und Umsetzung der Maßnahmen zur Wohnumfeldverbesserung im Rahmen der entsprechenden Förderprogramme („Städtebauförderung“ – Waldstadt II und Am Schlaatz, „Soziale Stadt“ – Am Stern/Drewitz und „Zukunft im Stadtteil – ZiS 2000“ – Am Schlaatz) zu beteiligen.

Im Hinblick auf die vielfältigen Aufgaben der Wohnumfeldverbesserung werden unterschiedliche Formen der Bürgerbeteiligung angewandt. Sie reichen von thematischen Bewohnerrundgängen oder Projektbeiräten (z. B. zur Verkehrssituation im Wohngebiet) über Bürgerinformationsveranstaltungen, Workshops und Ideen/Praxiswerkstätten (z.B. zur Aufwertung von Stadtteilzentren oder zur Gestaltung von Freiflächen, Schul- und Wohnhöfen oder Fassaden) bis hin zu Zukunftskonferenzen (z.B. Masterplankonferenzen in Stern/Drewitz/Kirchsteigfeld).

☐ **Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche**

Da Partizipation ein konstitutives Moment lebensweltorientierter Jugendhilfe ist⁵, zählen diverse Formen der Beteiligung junger Menschen seit Jahren zum Potsdamer Jugendhilfe-Alltag. Zu den praktizierten Beteiligungsmodellen und –formen der letzten Jahre zählen unter anderem:

- Jugendkonferenz PARTYzipation Drewitz 2002
- Kinder- und Jugendredakteure bzw. –redaktionen
- Klubräte/-versammlungen in verschiedenen Kinder- und Jugendklubs
- Fanprojekt/-laden SV Babelsberg 03 (Diakonisches Werk Potsdam) sowie selbstorganisierte Fußball-Fanszene SV Babelsberg 03
- „Agenda-Schulen“, eine Auszeichnung durch den Oberbürgermeister, die einen umfassenden schulinternen Beteiligungsprozess voraussetzt.

Neben der Vielfalt projektbezogener Mitarbeit von Kindern- und Jugendlichen prüft die Stadtverwaltung derzeit auf Grundlage eines SVV-Beschlusses⁶ die Schaffung der Voraussetzungen zur Einrichtung einer Kinder- und Jugendkonferenz in Potsdam. Die Kinder- und Jugendkonferenz soll das öffentliche Engagement von Kindern und Jugendlichen befördern, Anregungen, Fragen und Kritik in die kommunalpolitische Diskussion einbringen und das politische Verantwortungsbewusstsein der heranwachsenden Generation beleben.

⁵ vgl. § 8 SGB VIII, Achter Jugendbericht 1990, S. 17 und 88 f., Landeshauptstadt Potsdam. Jugendhilfeplan. Teil A: Einführung, S. 11 und Anlage 5 - DS 96/0611 - sowie Leitlinien der Jugendhilfe der Landeshauptstadt Potsdam - DS 03/SVV/0517

⁶ vgl. DS 03/SVV/0920 und DS 05/SVV/0283 Kinder und Jugendkonferenz

☐ **Regionalarbeitskreise**

Die Kooperation des Jugendamtes mit den freien Trägern erfolgt seit 1996 in sechs sozialraumorientierten Regionalarbeitskreisen Jugendhilfe Potsdam (RAKs). Ihrem Selbstverständnis nach dienen sie der Erhöhung der Lebensqualität und der Interessenvertretung junger Menschen einer Region durch die Verbesserung der Abstimmung, Kooperation und Vernetzung der Jugendhilfeleistungen. Die Arbeit der RAKs ist auf verbindliche Weise mit der Stadtverwaltung und Stadtpolitik verknüpft. Es finden regelmäßige Treffen mit dem Jugendamtsleiter statt. Die RAKs haben eine stimmberechtigte Mitgliedschaft im Unterausschuss Jugendhilfeplanung sowie ständiges Rede- und Antragsrecht im Jugendhilfeausschuss.

☐ **Städtepartnerschaften**

Im „Sachstandsbericht Städtepartnerschaften 2004“⁷ wurde angekündigt, dass die Landeshauptstadt Potsdam und die Partnerschaftsvereine/ Freundeskreise künftig intensiver daran arbeiten wollen, mehr Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Einrichtungen und Institutionen für partnerschaftliche Kontakte zu gewinnen.

Die Bürgerreisen in Potsdams Partnerstädte bieten die Möglichkeit internationale Kontakte zu knüpfen. Der Empfang der Besucher aus unseren Partnerstädten ist für Potsdam willkommene Gelegenheit, den Anspruch als tolerante und gastfreundliche Stadt in der Gegenwart unter Beweis zu stellen.

☐ **Netzwerk „Gesunde Städte“**

Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 08. Mai 2002 ist Potsdam dem bundesweiten Netzwerk „Gesunde Städte“ beigetreten. Kommunen, Initiativen, Vereine, Verbände, Kassen, Fachstellen und Selbsthilfegruppen der Region verbünden sich zu einem sinnvollen „Neun-Punkte-Programm“, das in der Gesundheitsförderung und –prävention durch umfassende und projektorientierte Kooperationen alle Bürger und Bürgerinnen anregt, ihren Teil zur Gestaltung der Lebens- und Umweltbedingungen beizutragen.

Mit „Gesundheitsring“, „Gesundheitskonferenz“, „Gesundheitsmarkt“ und „Gesundheits-Wegweiser“ hat die Landeshauptstadt Potsdam dafür handhabbare Instrumente geschaffen, die eine kontinuierliche Offenheit und Beteiligung ermöglichen. Diesen Weg der Kooperation und der aktionsnahen Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger gilt es auf einer erweiterten Plattform „Gesunde Soziale Stadt Potsdam“ auszubauen.⁸

☐ **Potsdamer Verkehrstisch**

Im November 2002 traf sich der Verkehrstisch Potsdam im Rahmen der Lokalen Agenda 21 zum ersten Mal als Bürgerforum. Seit dem arbeiten zwei Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen. Die inhaltlichen Standpunkte der Arbeitsgemeinschaften des Verkehrstisches Potsdam fließen in die Entscheidungen der Landeshauptstadt ein, was durch die Teilnahme von

⁷ vgl. DS 04/SVV/0996 Sachstandsbericht Städtepartnerschaften 2004

⁸ vgl. Dokumentation der Gesundheitskonferenz , November 2004 „Gesunde Soziale Stadt“, veröffentlicht durch Stadtkontor GmbH

Vertretern der Stadtverwaltung in den Arbeitsgruppen und die Leitung der Plenarsitzungen durch den Oberbürgermeister gewährleistet wird.

2.5 Ehrenamtliches Engagement der Potsdamer Bürgerinnen und Bürger

Die Lebendigkeit Potsdams kommt in den verschiedenen Formen bürgerschaftlichen Engagements zum Ausdruck:

☐ **Stadtteilinitiativen**

In den Potsdamer Stadt- und Ortsteilen existieren erfreulich viele Vereine und Initiativen, die sich um die Belange ihres jeweiligen Stadt- oder Ortsteils kümmern. Die Vereine verstehen sich als Ansprechpartner für die Bürger vor Ort und tragen die Anliegen der Stadt- oder Ortsteilbewohner an die Verwaltung heran. In der Sache eint die Vereine ihr Interesse an einer gelingenden Entwicklung ihres Stadt- oder Ortsteils. Dazu zählen Fragen der Gestaltung des Wohnumfeldes, die Entwicklung von Stadtteilzentren, Fragen der Ordnung und Sicherheit genauso wie der Verkehrsplanung. In vielen Fällen sind die Stadt- und Stadtteilinitiativen Mitveranstalter jährlich stattfindender Stadt- oder Ortsteilfeste.

☐ **Gemeinwohlorientierte Unternehmen**

In Potsdam gibt es eine Vielzahl an Partnerschaftsprojekten zwischen Unternehmen und gemeinnützigen Organisationen. Ohne das Sponsoring und das Engagement von Unternehmen wären eine große Zahl an Aktivitäten im Bereich des Sports, der Kultur oder im Sozialen gar nicht oder zumindest nicht in der vorhandenen Qualität möglich.

Ein weiterer Schwerpunkt unternehmerischen bürgerschaftlichen Engagements in Potsdam ist das Anliegen, einen identitätsstiftenden Beitrag für das Potsdamer Stadtzentrum bzw. das Stadtteilzentrum in Babelsberg zu leisten.

Jüngstes Beispiel für die Belebung der Innenstadt war die erfolgreiche Resonanz auf die 1. Potsdamer Erlebnisnacht „Potsdam mittendrin: Erleben, shoppen und genießen“, für Babelsberg ist dahingehend die „Babelsberger Livenacht“ zu nennen.

☐ **Wahrnehmung von kommunalen Aufgaben durch Vereine und Initiativen**

Das Spektrum freiwilliger Leistungen - beispielsweise in den Bereichen Kultur und Sport - wird in Potsdam maßgeblich vom Engagement einer Vielzahl von Vereinen und Initiativen getragen. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten unterstützt die Stadt das Angebot in finanzieller oder sachlicher Form, etwa durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten oder Sportstätten.

Im Bereich der Pflichtaufgaben werden z.B. der Brandschutz und die Gefahrenabwehr neben der Berufsfeuerwehr vorrangig durch die 15 lokalen freiwilligen Feuerwehren mit ihren ca. 300 Mitgliedern gewährleistet.

Insbesondere der Betrieb der Sportstätten im Freizeitsportbereich und der Jugendeinrichtungen wird zum Teil durch ehrenamtliche Mitarbeiter aufrecht erhalten. In einigen Garagenkomplexen im Stadtgebiet existieren Vereine, die sich um das äußere Erscheinungsbild der

Komplexe kümmern. Dies ist zwar im Mietpreis berücksichtigt, viele Aktivitäten gehen jedoch darüber hinaus.

In den von ehrenamtlichen Vereinen getragenen Kindertagesstätten sowie Kinder- und Jugendclubs unterstützen Einzelpersonen diese im organisatorischen Bereich (Geschäftsführung, Verwaltungsaufgaben, Öffentlichkeitsarbeit, etc.), in der inhaltlichen Arbeit (Durchführung von Projekten, Absicherung von Veranstaltungen, Begleitung bei Fahrten, etc.) und bei handwerklichen Tätigkeiten (Pflege, Wartung, Reinigung).

☐ **Bürgerforen**

Das bürgerschaftliche Engagement der Potsdamerinnen und Potsdamer kommt in einer Reihe von offenen Bürgerforen zum Ausdruck. Gemein ist ihnen ein dialogorientierter Ansatz, mit dessen Hilfe sie dazu beitragen wollen, die verschiedenen Kräfte der Stadt – wie Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Bürgerschaft – zusammenzuführen und für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit zu sensibilisieren. Mit dem Ziel, die Lebensqualität in Potsdam zu verbessern, sind in der Landeshauptstadt beispielsweise das „Stadt Forum Potsdam“, das „Ständige Forum der Potsdamer Zivilgesellschaft“ und die „Initiative Bürgerstiftung Potsdam“ tätig.

☐ **Freiwilligenagentur**

Die Freiwilligenagentur als Serviceeinrichtung für alle Menschen, die sich ehrenamtlich betätigen wollen, besteht seit Juli 1998 und wird über den Verein SEKIZ e.V. organisiert. Die Freiwilligenagentur setzt sich zum Ziel, das vorhandene Potenzial ehrenamtlichen bzw. freiwilligen Engagements für das Gemeinwesen, die Nachbarschaft und soziale Hilfe in entsprechende Einrichtungen zu vermitteln, weitere Bürger und Bürgerinnen für das ehrenamtliche Engagement zu motivieren und neue Tätigkeitsfelder für das Ehrenamt zu schaffen. Neben der Gewinnung, Beratung und Vermittlung von Engagierten in der Stadt Potsdam, bietet SEKIZ e.V. die Möglichkeit zum Erfahrungsaustausch sowie Angebote zur Fortbildung für Ehrenamtliche.

2.6 Anerkennungskultur in der Landeshauptstadt Potsdam

In Potsdam gab es in der Vergangenheit bereits eine Reihe von einzelnen Aktionen zur Förderung einer öffentlichen Kultur der Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements. Als herausgehobene jährliche Würdigung von stetigem ehrenamtlichem Einsatz ist dabei der „Tag des Ehrenamtes“ zu nennen, bei dem eine Anzahl von ausgewählten Personen zu einer zentralen Veranstaltung eingeladen wird. Durch die Anwesenheit des Oberbürgermeisters und die anschließende Darstellung in der Presse wird den engagierten Bürgerinnen und Bürgern nicht nur für ihre Tätigkeit gedankt, sondern der Wert der geleisteten Arbeit soll allgemein aufgewertet und sichtbar gemacht werden.

Daneben werden viele Vereine in Potsdam durch die Bereitstellung finanzieller Mittel und durch Sachleistungsförderung (z.B. Bereitstellung von Räumen usw.) in ihrer alltäglichen Arbeit unterstützt. Ohne diese Unterstützungsleistungen wäre das Spektrum der kulturellen, sportlichen und sonstigen Aktivitäten deutlich geringer als es bisher der Fall ist.

Durch den Besuch des Oberbürgermeisters im Rahmen von Stadtwanderungen und anderen Gelegenheiten werden einzelne Träger des öffentlichen Lebens einem breiteren Publikum vorgestellt und in ihren Tätigkeiten motiviert. Dieser Effekt wird ebenfalls durch Kontakte der Beigeordneten, der politischen Entscheidungsträger aus der Stadtverordnetenversammlung und Mitgliedern der Ortsbeiräte erreicht. Gerade im informellen Bereich trägt der kontinuierliche Austausch der verschiedensten Akteure mit der Bevölkerung zu der Aufrechterhaltung einer lebendigen Beteiligungskultur bei.

3 Ziele der Bürgerkommune Potsdam

In der Landeshauptstadt Potsdam besteht bereits ein starkes bürgerschaftliches Engagement und es werden Beteiligungsmöglichkeiten durch die Bürgerinnen und Bürger der Stadt genutzt. „Bürgerkommune Potsdam“ bedeutet mehr Diskussion und Kooperation, mehr Teilnahme aller Potsdamerinnen und Potsdamer an der Gestaltung ihrer Stadt zur Verbesserung der Lebensqualität in der Landeshauptstadt Potsdam. Die Bürgerkommune will auch jene Bürgerinnen und Bürger ansprechen, die sich bisher weniger aktiv an der Gestaltung und Entwicklung ihrer Stadt beteiligt haben. Um dies zu erreichen, werden für die Landeshauptstadt Potsdam als Bürgerkommune nachfolgende Ziele vorgeschlagen.

3.1 Transparenz

Dienstleistungs- und Entscheidungsprozesse sollen für Potsdamer Bürger transparent und nachvollziehbar sein. Durch die Schaffung von verständlichen Prozessen soll der Bürger in die Lage versetzt werden, den Weg von der Registrierung eines Problems, der Bearbeitung durch die Verwaltung sowie die weitere Behandlung in den Ausschüssen bis zur letztendlichen Beschlussfassung verfolgen und verstehen zu können. Die Möglichkeit, nicht nur die Ergebnisse mitgeteilt zu bekommen, sondern bereits im Vorfeld dank eines entsprechenden Kenntnisstandes verfolgen zu können, erhöht die Akzeptanz von beschlossenen Maßnahmen.

3.2 Information

Potsdamer Bürger sollen im Vorfeld von möglichst vielen Entscheidungen informiert werden. Eine aktive Informationspolitik kann zu einer frühzeitigen Beteiligung der Bürger und ihrer Meinungen zu bestimmten Themen beitragen. Des Weiteren sorgt ein ständiger Informationsfluss für ein Abbau von Misstrauen, da geplante Maßnahmen schon im Vorfeld öffentlich dargestellt werden. Der negative „Überraschungseffekt“ bei der Umsetzung von baulichen, restriktiven oder finanziell belastenden Eingriffen wird hierdurch deutlich abgemildert. Meinungen und Anregungen der Bürger können in Entscheidungen einfließen.

3.3 Beteiligung

Potsdamer Bürgerinnen und Bürger sollen an Problemlösungen und Entscheidungen mitwirken. Mit der Schaffung von zentralen Ansprechpartnern und einer Koordinierungsstelle kann die Mitgestaltung und Kooperation effektiver gestaltet werden. Das vorhandene bürgerschaftliche Engagement wird damit in seiner Arbeit unterstützt. Mit der Schaffung weiterer partizipativer Elemente, wie z.B. des Bürgerhaushaltes, wird den Bürgerinnen und Bürgern eine aktivere Teilnahme an der Gestaltung ihrer Stadt ermöglicht.

3.4 Zufriedenheit

Potsdamer Bürgerinnen und Bürger sollen mit Ihrer Stadt zufrieden sein. Mit ihrer frühzeitigen Einbeziehung kann schon vor einer zu fällenden Entscheidung steuernd eingegriffen werden. Auftretende Probleme können bei der Entstehung in Angriff genommen werden, wobei man hier auch auf die Kooperation untereinander angewiesen sein wird. Um das Verwaltungshandeln für die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehbarer und verständlicher zu gestalten, sollte dies im Rahmen von Auswertungen, wie z.B. beim Bürgerhaushalt, erfolgen.

3.5 Identität

Potsdam hat gute Chancen, im Wettbewerb mit anderen Landeshauptstädten in Europa und Deutschland für das Bundesland Brandenburg und für die Region Berlin-Brandenburg noch stärker zu punkten. Schon heute verzeichnet die Stadt einen Anstieg bei den Besucher- und bei den Einwohnerzahlen. Die Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger „mit ihrer Stadt“ bildet dafür ein wichtiges Kapital, das sich durch sinnvolle Erweiterung und Intensivierung der Bürgerbeteiligung mehrten lässt. Neue Einwohner werden auf diese Weise eingeladen, sich von Anfang an in das kommunale Geschehen einzubringen und die wachsende Stadt qualitativ mitzugestalten.

4 Handlungsfelder der Bürgerkommune Potsdam

In der Bürgerkommune Potsdam gestalten die Bürgerinnen und Bürger ihre Stadt aktiv mit. Die Bürgerkommune Potsdam will die bestehenden Mitgestaltungselemente für die Bürger organisatorisch unterstützen und stärker miteinander vernetzen. Neben bestehenden sollen neue Partizipationsfelder erschlossen werden, wozu beispielsweise der Bürgerhaushalt zählt. Die Handlungsfelder der Bürgerkommune Potsdam sind die Bereiche, in denen die Bürger beteiligt werden sollen und sich einbringen können. Um die gebotenen Beteiligungsmöglichkeiten in Anspruch zu nehmen, bedürfen die Bürger Informationen und Kompetenzen die durch Informationsmaterial im Vorfeld oder bei entsprechenden Veranstaltungen vermittelt werden müssen.

4.1 Mitwirkung bei der Gestaltung und Entwicklung der Stadt

Auf gesamtstädtischer Ebene bestehen z.B. folgende Beteiligungs-/Mitwirkungsmöglichkeiten:

- ☐ Räumliche Entwicklung (Flächennutzung und Bauleitplanung)
- ☐ Stadtbildgestaltung
- ☐ Gesamtstädtisches Verkehrskonzept
- ☐ Gestaltung von Beteiligungsinstrumenten
- ☐ Kommunale Dienstleistungen

4.2 Mitwirkung bei der Gestaltung und Entwicklung im Stadtteil

Ein wichtiger Bezugspunkt für Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung ist das direkte Wohnumfeld, der Stadtteil. Die Bürgerkommune nimmt dabei Bezug auf die Sozialraumstruktur in der Landeshauptstadt Potsdam (Anlage 3). Der Prozess der Gestaltung und Entwicklung im Stadtteil kann mit nachfolgenden Tätigkeiten unterstützt werden:

- ☐ Übernahme von Verantwortung vor Ort
- ☐ Wohnumfeldgestaltung
- ☐ Gestaltung im eigenen Kiez
- ☐ Stadtteilentwicklung (nach Bedarf: Masterpläne, B-Pläne, Verkehr)
- ☐ Stadtteilorientierte Gremien und Initiativen vernetzen

4.3 Mitwirkung bei der Entscheidung über finanzielle Prioritäten

Der jährliche Haushalt einer Stadt ist eines der wichtigsten Mittel um ihre Entwicklung zu steuern. Die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei der Entscheidung über finanzielle Prioritäten wird im Rahmen des Bürgerhaushaltes realisiert. Der Bürgerhaushalt ist ein wesentliches Element auf dem Weg zur Bürgerkommune.

Die Bürgerbeteiligung lässt sich in 3 verschiedene Ablaufphasen unterteilen, die für eine vollständige Umsetzung des Projektes „Bürgerhaushalt“ notwendig sind:

Die erste Phase der Information konzentriert sich dabei auf die möglichst breite Streuung von Informationen über das Vorhaben des Bürgerhaushaltes im allgemeinen und die Haushalts-situation im Konkreten, die Finanzsituation der Stadt, die verständliche Darstellung der Grundstrukturen eines kommunalen Haushaltsplanes sowie die inhaltlichen Schwerpunkte der gemeindlichen Erfüllung von Aufgaben und zukünftigen Investitionen. Als wesentliches Problem hat sich die Lesbarkeit des Haushaltsplans herauskristallisiert; ohne eine bürgerfreundliche Aufbereitung einzelner Elemente des Haushalts ist eine wirkungsvolle Beteiligung der Bürgerschaft nicht möglich.

Als Kernelement wird die zweite Phase der Konsultation ausgestaltet: Hier erhalten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, ihre individuellen Präferenzen bei der Verteilung der öffentlichen Gelder zu artikulieren. Je nach Größe der Kommune sind hierfür unterschiedliche Plattformen angebracht, welche durchaus parallel genutzt werden können: Zum einen die Bereitstellung von Fragebögen und Meinungsseiten im Internet, zum anderen öffentliche Diskussionen über einzelne Investitionsmaßnahmen und andere Ausgabenschwerpunkte. Diese Beratungen konzentrieren sich in der Regel auf die Ausgabenseite, können jedoch auch durch Vorschläge zur Steigerung von Einnahmen ergänzt werden. Auch Fragen der Haushaltskonsolidierung können und sollen Gegenstand sein.

Die dritte Phase der Evaluierung ist in zweierlei Hinsicht entscheidend für die Umsetzung der Bürgerbeteiligung: Durch die Übernahme von Vorschlägen aus der Mitte der Bürgerschaft wird zum einen der letztlich von der Stadtverordnetenversammlung zu beschließende Haushaltsplan an die ermittelten Präferenzen der Bürgerinnen und Bürger angenähert. Zum anderen wird den Einwohnern signalisiert, dass ihre Vorschläge Gehör gefunden haben und eine Beteiligung an den vorausgegangenen Veranstaltungen sinnvoll gewesen ist.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass nur durch eine aktive und konstruktiv ausgerichtete Beteiligung aller Akteursgruppen im Sinne einer Gemeinwohlorientierung die dauerhafte Etablierung dieser zentralen Form der Partizipation möglich ist. Als „lernendes Projekt“ ist eine ständige Anpassung an lokale Besonderheiten der Beteiligungsformen von besonderer Wichtigkeit.

4.4 Schaffung einer bürgerorientierten Verwaltung

Allein die Möglichkeit, dass sich die Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Gestaltung ihrer Stadt einbringen können, macht noch keine Bürgerkommune aus. Auch die kommunale Verwaltung muss ihren Beitrag dazu leisten. In der Landeshauptstadt Potsdam wird dieser Weg im Rahmen der Verwaltungsreform beschritten. Grundsätze hierbei sind:

- ☐ Weitere Verbesserung des Service der Verwaltung (z.B. Schaffung eines Bürgerservice-Bau und weiterer Fachservice).
- ☐ Verwaltungsdienstleistungen sollen für den Bürger einfacher und näher erbracht werden (z.B. weiterer Ausbau der Internetdienstleistungen).

- ☐ Bürger sollen als Kunden, Auftraggeber und Mitgestalter einbezogen und unterstützt werden.
- ☐ Das Handeln der Verwaltung soll transparent sein.
- ☐ Verwaltungshandeln soll kontinuierlich reflektiert und verbessert werden.

4.5 Aktivierung der Bürgerschaft

Für jede Bürgerkommune ist das geleistete Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger von zentraler Bedeutung. Als Bürgerkommune will die Stadt Potsdam die Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessern, um möglichst noch mehr Potsdamerinnen und Potsdamer als bisher zu ermuntern, sich in die Belange ihrer Stadt bzw. ihres Stadtteils einzumischen. Während in der Vergangenheit eher die Unzufriedenheit zur Intervention der Bürger geführt hat, sollte in Zukunft eher die Bereitstellung von konstruktiven Beteiligungsformen zur Mitgestaltung und Teilhabe aktivierend auf die Bürgerschaft wirken.

Die Grenzen werden einerseits durch das landesweite Kommunalrecht, andererseits durch die finanziellen Möglichkeiten zur Unterstützung und Förderung bestimmter Tätigkeiten in Vereinen, Initiativen und anderen informellen Gruppen gesetzt. Darüber hinaus ist der Umfang der Übertragung hoheitlicher Aufgaben, die aktive Einbindung von Gruppierungen und die an den einzelnen Bürger gerichtete Aufforderung zur Teilnahme an gemeinsamen Aktivitäten von entscheidender Bedeutung für die Verstetigung einer breiten Beteiligung durch die Bevölkerung. Wünschenswert ist eine von allen Teilen der Bevölkerung getragene und akzeptierte Teilnahme an einer von den Bürgern selbst erarbeiteten Breite und Tiefe von Aktivitäten, die den lokalen Traditionen und Bedürfnissen entspricht.

5 Mögliche Instrumente der Bürgerkommune Potsdam

Um die Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger in den einzelnen Handlungsfeldern zu realisieren, müssen konkrete Beteiligungs- und Koordinierungsinstrumente geschaffen werden. Wie sich die Bürgerinnen und Bürger in diese Prozesse, unter Beachtung der Potsdamer Bedingungen und Gegebenheiten, einbringen können, soll nachfolgend skizziert werden.

5.1 Koordinierungsstelle Bürgerkommune

Für eine aktive Förderung des bürgerschaftlichen Engagement ist eine Anlauf- und Informationsstelle notwendig, die koordinierend und informierend tätig ist. Diese Stelle sollte, wenn möglich, in die bestehenden Strukturen der Verwaltung integriert werden. Es gibt auch durchaus die Möglichkeit, dass die Bürgerschaft selbst zum wichtigsten Koordinator wird.

Die Koordinierungsstelle sollte folgende Aufgaben wahrnehmen:⁹

- ☐ Öffentlichkeitsarbeit leisten, sich als Plattform und Sprachrohr anbieten und gleichzeitig als Ansprechpartner engagierter und engagementinteressierter Bürgerinnen und Bürger fungieren;
- ☐ koordinierende und vernetzende Aufgaben übernehmen und sowohl Verwaltung als auch Verbände in Fragen der Engagementförderung beraten;
- ☐ an der Klärung kommunaler Anforderungsprofile für die Engagementförderung mitwirken (u.a. Qualifizierungsbedarfe, Unfall- und Haftpflichtschutz, Auslagenerstattung etc.);
- ☐ nach innen die Kommunikation und die Zusammenarbeit der Bürgerinnen und Bürger ermöglichen und unterstützen und auf diesem Wege neue Engagierte gewinnen bzw. die bereits Engagierten motivieren, dabei zu bleiben.

Da Bürgerengagement ressortübergreifend organisiert und dessen Stärkung dadurch auch eine ressortübergreifende Steuerungsaufgabe ist, sollte die Koordinierungsstelle als eine wichtige Struktureinheit erkannt und entsprechend in der Bürgerschaft oder der Verwaltung positioniert werden.

Bereits tätige bzw. sich im Aufbau befindende Kontaktstellen, wie für die Bürgerhäuser und die Freiwilligenagentur für ehrenamtliches Engagement, werden in die Arbeit der Koordinierungsstelle einbezogen und unterstützen diese.

⁹ B 6/1999 KGSt-Bericht Bürgerengagement - Chancen für die Kommunen, S. 53

5.2 Bürgerhäuser

Bürger- und Begegnungshäuser sind ein wesentliches Element bei der Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern in die Prozesse der gesellschaftlichen Gestaltung des bürger-schaftlichen Für- und Miteinanders in den Stadtteilen, Ortsteilen und Wohnquartieren.

Sie sollen einen öffentlichen Kern im jeweiligen Stadtraum darstellen, der zum verantwortli-chen Mittun, zur bürgerschaftlichen Selbsthilfe und zum gemeinschaftsstärkenden Engage-ment einlädt, dies befördert, unterstützt und es entwickelt.

Verbände, Vereine und andere organisierte Formen bürgerschaftlichen Engagements, aber auch Initiativgruppen und Einzelpersonen sollen hier wirken. Es finden kulturelle, sportliche, sozialpädagogische Aktivitäten statt, die dem jeweiligen Stadtteil in seinen Besonderheiten entsprechen.

Die Bemühungen und Bestrebungen dieses wichtigen Teils bürgerschaftlichen Engagements sind mit der Umsetzung der „Rahmenkonzeption zur Entwicklung und Steuerung von Bürger- und Begegnungshäusern in der Landeshauptstadt Potsdam“ als wesentliches Instrument der Bürgerkommune zu unterstützen und zu befördern.

5.3 Bürgerinitiativen und Vereine

Bürgerinitiativen und Vereine ermöglichen interessierten Bürgern informelle, niedrighschwelli-ge Kontaktaufnahmen und führen Bürger mit gleichen Interessen zusammen. Sie ermögli-chen die stärkere Artikulation von Bürgerinteressen und stellen somit ein gewisses Gegen-gewicht zu politischen und administrativen Institutionen dar. Durch frühzeitige und partner-schaftliche Einbeziehung kann die Kreativität und Energie von Bürgerinitiativen und Verbän-den als Problemlösungskapazität genutzt werden.

Die Bürgerkommune Potsdam möchte in Zukunft die öffentliche Wertschätzung ehrenamtli-chen Engagements in der Kommune stärker hervorheben. Zur Ermutigung weiteren und kon-tinuierlichen Bürgerengagements zählt auch, dass die kommunalen Entscheidungsträger von sich aus stärker auf die Bürger zugehen und ihre Beteiligung als Bereicherung anerkennen. Insbesondere sollte die Verwaltung selbst dazu beitragen, eine engagementfördernde Hal-tung in der Stadt zu etablieren.

5.4 Gremien der Stadtverordnetenversammlung und Ortsbeiräte

Die Stadtverordnetenversammlung, ihre Ausschüsse und die Ortsbeiräte sind die für die kommunalen Angelegenheiten maßgeblichen Gremien in der Landeshauptstadt Potsdam. Sie bilden die öffentliche Orte der politischen Auseinandersetzung. In den Fachausschüssen erfolgt die fachliche Beratung von komplexen Problemen unter Berücksichtigung lokaler Be-sonderheiten.

Es besteht die Möglichkeit, an den öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung, der Ausschüsse und Ortsbeiräte teilzunehmen. Dies kann durch die räumlichen Möglichkeiten eingeschränkt sein.

Bei der politischen Repräsentation der kommunalen Ebene lassen sich in Potsdam Bereiche aufzeigen, in denen durch einfache Änderungen der vorhandenen Regeln eine erweiterte Beteiligung von interessierten Bürgern möglich wäre. Denkbare Beispiele sind:

☐ **Ausschüsse**

Die meisten Ausschüsse setzen sich aus Stadtverordneten und von den Fraktionen entsprechend ihrer Stärke proportional berufenen sachkundigen Einwohnern zusammen. Durch eine Änderung der Geschäftsordnung könnte die Anzahl der benannten Bürger erhöht werden; diese Erweiterung würde dem großen Interesse seitens der Bürgerschaft an einer Mitarbeit in den vorhandenen Gremien entsprechen und nach außen eine Öffnung der Ausschüsse zur Bürgerschaft signalisieren.

☐ **Teilnahme an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und Einwohnerfragestunde**

Die Teilnahme an den öffentlichen Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung ist für die Bürgerschaft jederzeit möglich. Allerdings wird diese durch die begrenzte Platzkapazität manchmal eingeschränkt. Langfristig erscheint daher eine Investition in umfangreiche bauliche Maßnahmen erforderlich, die die Platzkapazität erhöht bzw. eine Möglichkeit schafft, die Sitzungen auch außerhalb des Plenarsaales zu verfolgen. Die bisher alle 3 Monate im Plenum der Stadtverordnetenversammlung abgehaltenen Einwohnerfragestunde sollte häufiger statt finden.

☐ **Ortsbeiräte**

Die bereits von einigen Ortsbeiräten in die Tagesordnung aufgenommene regelmäßige Einwohnerfragestunde könnte auf alle 9 Ortsbeiräte ausgedehnt werden. Hierdurch wäre eine weitere Möglichkeit zur aktiven Teilnahme an den bereits geschaffenen lokalen Gremien gegeben. Zusätzlich könnten öffentliche Anhörungen zu wichtigen Themen durchgeführt werden, um insbesondere für Vertreter von gesellschaftlichen Gruppen eine Darstellung ihrer Anregungen zu gewährleisten.

Als praktische Maßnahme würde die Aufstellung von Namensschildern eine leichtere Identifikation der gewählten Mitglieder des Ortsbeirates ermöglichen. Die persönliche Ansprache der örtlichen Vertreter erleichtert dem Bürger die direkte Kontaktaufnahme.

5.5 Zentrale Bürgerversammlungen

Zentrale Bürgerversammlungen bieten vielen Bürgern die Möglichkeit, sich zu beteiligen, die eigenen Interessen zu artikulieren und die Debatte über längerfristig ausgerichtete Entwicklungsprozesse als auch über kurzfristig auftretende Problemstellungen in der Stadt konstruktiv zu begleiten. Die Bürgerversammlung soll die Möglichkeit bieten, sich über gesamtstädtische Belange zu informieren und auszutauschen. Beispiele hierfür sind der Bürgerhaushalt, die Bauleitplanung oder die gesamtstädtische Verkehrsentwicklung. Durch das Zusammenführen von Politik, Bürgerschaft und Verwaltung wird das frühzeitige Kennenlernen von unterschiedlichen Sichtweisen ermöglicht, spontane Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen und es können Ideen gesammelt werden.

5.6 Bürgergespräche in den Stadtteilen (Sozialräumen)

Die Bürgerkommune Potsdam will in Zukunft das Element der Bürgergespräche nutzen, um auf der Ebene der Sozialräume einen kontinuierlichen Dialog zwischen Politik, Verwaltung und Bürgern zu ermöglichen. In regelmäßigen Abständen sollen dazu vor Ort, etwa in Bürgerhäusern oder Stadtteilbibliotheken, Dialogveranstaltungen stattfinden, die rechtzeitig allen Anwohnern angekündigt werden. Die Bürgergespräche können auch dazu dienen, um Entwicklungsprojekte in den Orts- und Stadtteilen vorzustellen und zu diskutieren, so wie dies bereits im Rahmen der Wohnumfeldverbesserung regelmäßig in den Stadtteilen Schlaatz/Waldstadt, Stern/Drewitz und Kirchsteigfeld praktiziert wird. Wichtige Merkmale der Bürgergespräche sind:

- ☐ persönliche Ansprache
- ☐ Durchbrechung von administrativen Hierarchien
- ☐ Benennung von kleinteiligeren Problemen
- ☐ das Kennenlernen von einzelnen Akteuren
- ☐ die intensive, überschaubare Diskussionsarena

5.7 Stadtwanderungen des Oberbürgermeisters

Die Stadtwanderungen des Oberbürgermeisters mit den Beigeordneten findet drei bis vier mal im Jahr statt:

- ☐ Besichtigung einzelner Orte
- ☐ persönliche Ansprache
- ☐ kurzfristige Beteiligung
- ☐ informelle Gesprächsatmosphäre
- ☐ Aufnahme von Bearbeitungsfeldern

Durch die räumliche Annäherung an das soziale Umfeld der Bürger wird eine Wahrnehmung von Themenfeldern gewährleistet, welche nicht notwendigerweise in den unterschiedlichen politischen Gremien behandelt werden können.

5.8 Beiräte und Netzwerke

In verschiedenen Handlungsfeldern tragen fachliche Beiräte und sich entwickelnde kooperative Netzwerke zu einem stadtoffenen und gemeinwesenorientierten Handeln in Potsdam bei. Diese Kooperationskultur, bei der Verwaltungsbereiche und Schlüsselakteure der örtlichen Zivilgesellschaft im gezielten Miteinander fachliche Initiativen, Projekte, Aktionen und Handlungsaufgaben gemeinschaftlich zum Erfolg führen, gilt es zu nutzen und zu stärken.

Im Rahmen des Netzwerks der Städtepartnerschaften oder der Mitgliedschaft im bundesdeutschen Netzwerk „Gesunde Stadt“, aber auch bei anderen Projekten, die Potsdam als wachsende, kinder- und familienfreundliche Stadt im Ganzen betreffen, werden die vielfältigen Formen der aktivierenden Beteiligung und der Gewinnung von zusätzlichem Sachverstand aus der Mitte der Bürgerschaft, der Institutionen und engagierten Einzelpersonen (Promoters) zunehmen und der Stadt bei ihrer weltoffenen Zukunftsgestaltung eine unverzichtbare Hilfe leisten. Es geht zum Beispiel um:

- ☐ fachoffene Information und mitwirkende Beratung
- ☐ Einbeziehung der regional „besten Akteure“
- ☐ Einwerbung von engagierten Promotoren
- ☐ Förderung von privat-öffentlichen Partnerschaften
- ☐ Umsichtige und akzeptanzschaffende Projektplanung
- ☐ Energien und Synergien frei legende Leistungsprozesse
- ☐ Effizientes und effektives Gemeinschaftshandeln

5.9 Themenjahre und Aktionen

Themenjahre beinhalten die Möglichkeit, Entwicklungsschwerpunkte der Stadt gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in Angriff zu nehmen und effektiv umzusetzen. Themenjahre sind wichtige Instrumente des Stadtmarketings. Sie sind eine sehr gute Möglichkeit, Initiativen und Aktivitäten von Verbänden, Vereinen, Bürgerinitiativen und Einwohnern auf ein bestimmtes Ziel zu konzentrieren. Bürgerschaftliches Engagement kann so in eine Richtung gelenkt und gebündelt werden. Themenjahre werden in der Landeshauptstadt Potsdam seit 2001 erfolgreich durchgeführt:

2001	Stadt der BUGA
2002	Stadt des Sports
2003	Stadt der Wissenschaften
2004	Stadt der Parks und Gärten
2005	Lebendige Stadt
2006	Stadt der Architektur

Daneben sollten einzelne Aktionen und Projekte, die sich positiv auf das Erscheinungsbild der Landeshauptstadt Potsdam auswirken, unterstützt werden.

5.10 Medien und Internet

Mit den modernen Medien, wie Internet und den geläufigen Medien, wie Zeitungen und Amtsblatt besteht die Möglichkeit, das Engagement und die Beteiligungsmöglichkeiten in der Landeshauptstadt Potsdam stärker hervorzuheben bzw. bekannt zu machen.

Auf der Internetseite der Landeshauptstadt Potsdam werden die Informationen zur Bürgerkommune und zum Bürgerhaushalt, als ein wesentliches Element, zu finden sein. Veränderungen in der Präsentation der Entscheidungen in der Verwaltung und der Politik im Rahmen der elektronischen und der Printmedien sind möglich, müssen aber längerfristig vorbereitet werden.

Grundlegend sind daneben folgende Merkmale für diese Instrument hervorzuheben:

- ☐ Kommunikationsplattform
- ☐ Austausch von Informationen
- ☐ Kontaktaufnahme
- ☐ Schaffung von Transparenz
- ☐ Verbreiterung und Intensivierung von öffentlichen Diskussionen

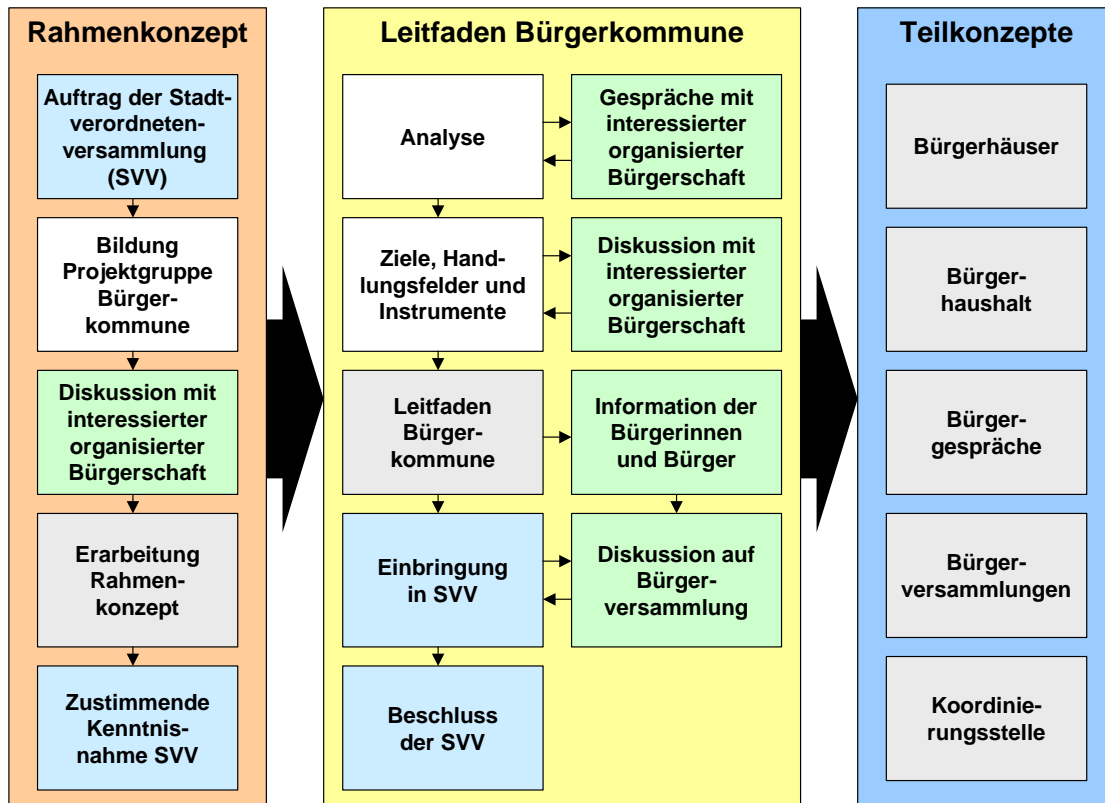
5.11 Anerkennungskultur

Für jede Bürgerkommune ist die offizielle Anerkennung für das geleistete Engagement ihrer Bürger von zentraler Bedeutung. Für die meisten Menschen steht ihre konstruktive Mitarbeit an kollektiven Problemen im Vordergrund. Ihre Motivation speist sich dabei aus dem sichtbaren Erfolg von durchgeführten Projekten, aus dem Kontakt mit anderen Menschen und aus der sinnvollen Ausfüllung ihrer Freizeit. Eine öffentliche Herausstellung und Benennung der geleisteten Arbeit ist somit ein ergänzendes Instrumentarium, welches auch einer nachlassenden Beteiligung entgegenwirken kann. Gleichzeitig kann es anderen Bürgern beispielhaft vor Augen führen, wie Aktivitäten in der Freizeit zu befriedigenden Ergebnissen führen können. Für diese Zwecke ist sinnvoll, mehrere parallel laufende Instrumente einzusetzen:

- ☐ Jährliche Würdigung von ehrenamtlich engagierten Personen. Hierfür sollten die zur Verfügung stehenden finanzielle Mittel an einer zentralen Stelle gebündelt und unter Berücksichtigung von transparenten Vergabekriterien verfügt werden. Eine begleitende Werbekampagne zur Benennung von Bürgern sowie eine Publikation zu der offiziellen Würdigung, eventuell mit individueller Vorstellung einzelner Bürger und ihren geleisteten Aktivitäten, würden Ansporn zu mehr Engagement in der Stadt bieten.
- ☐ Ein jährlicher Bürgerreport, in dem sich ausgesuchte Vereine mit ihren Leistungen, Mitgliedern und Einsatzgebieten vorstellen, würde eine positive Anreizstruktur für sämtliche Gruppierungen bieten, ihre Aktivitäten zu intensivieren und öffentlich herauszustellen. Gleichzeitig wäre damit eine wirksame Mitgliederwerbung verbunden, da sich die Bürgerinnen und Bürger ungezwungen über bereits existierende Vereine, Initiativen und laufende Projekte informieren und sich eventuell selbst Gruppierungen nach ihrer persönlichen Interessenlage anschließen könnten.

6 Die nächsten Schritte

Der Leitfaden für die Bürgerkommune Potsdam ist das Ergebnis der Bedingungen und Gegebenheiten in Potsdam, von Anregungen aus anderen Städten und aus der Diskussion mit interessierten Potsdamer Initiativen. Dieser Leitfaden soll nach der Einbringung in die Stadtverordnetenversammlung auf einer Bürgerversammlung im Frühjahr mit den Potsdamerinnen und Potsdamern erörtert und diskutiert werden. Die bisherigen und noch folgenden Schritte auf dem Weg zur Bürgerkommune können wie folgt dargestellt werden:



7 Anlagen

Anlage 1

Bürgerkommune in anderen Städten – Beispiele

Die nachfolgend genannten Beispiele werden in den Städten Nürtingen (42.167 Einwohner), Bremen (546.057 Einwohner) und Leipzig (498.491 Einwohner) angewandt, die für die Aktivitäten im Rahmen des mehrjährigen bundesweiten Modellprojekts der bürgerorientierten Kommune in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann-Stiftung mit den ersten bzw. zwei zweiten Plätzen ausgezeichnet wurden.

☐ Lernwerkstätten als monatliche Informationsveranstaltung (Nürtingen)

Die Bürgerinnen und Bürger können sich im direkten Gespräch mit bereits engagierten Bürgern sowie Mitarbeitern der Verwaltung über Beteiligungsmöglichkeiten in verschiedenen Einrichtungen informieren und nähere Einzelheiten zum Gesamtprojekt der Bürgerkommune erfahren.

☐ Azubi-Volunteering (Nürtingen)

Auszubildenden der Verwaltung wird die Möglichkeit geboten, durch temporäre Mithilfe in sozialen Einrichtungen fachliche Kenntnisse und soziale Kompetenz zu erwerben.

☐ Selbsthilfekontaktstelle (Nürtingen)

Angebote der Vereine zum Engagement werden gebündelt, um sie den Bürgern als Chance zur Beteiligung an zentraler Stelle zu vermitteln. Die Funktion einer Koordinierungsstelle erlaubt den Überblick über alle angebotenen Leistungen im Bereich des ehrenamtlichen Engagements und hilft den politischen Entscheidungsträgern bei der Bewertung und Auswahl von unterstützenden Maßnahmen.

☐ Freiwilligenakademie (Nürtingen)

Interessierte Mitarbeiter der Verwaltung, Sozialarbeiter und Stadtplaner können sich zum zertifizierten „Manager für Freiwilligenarbeit“ bei einer Fachhochschule für Sozialwesen ausbilden lassen, um Methoden für den Umgang mit engagierten Bürgern zu erlernen. Die erworbenen Kompetenzen können dann in der tägliche Arbeit und bei neuen Projekten gewinnbringend eingesetzt werden.

☐ Offizielles Logo (Nürtingen)

Mit einem einheitlichen Markenzeichen werden die bürgergesellschaftlichen Aktivitäten, entsprechende Projekte der Stadt und alle mit der Bürgerkommune zusammenhängenden Maßnahmen gekennzeichnet, um einen hohen Wiedererkennungswert zu sichern. Durch die Visualisierung der Bürgerkommune kann der theoretische Bezugsrahmen leicht nachvollziehbar für alle Bürger in das alltägliche Handeln übersetzt werden; eine konkretes Bild als Bezug für alle freiwilligen Aktivitäten schafft eine klare Identifikationsmöglichkeit.

☐ **Bürgerpraktikum (Nürtingen)**

Es werden Möglichkeiten zur temporären Beteiligung an einfachen Aufgaben in sozialen und kulturellen Einrichtungen in der Kommune angeboten; gerade für junge Menschen ist durch die Ausstellung eines „Tu-Was-Zertifikats“ der Nachweis über ihre geleisteten freiwilligen Aktivitäten eine wichtige Auszeichnung.

☐ **SpielRäume schaffen (Bremen)**

Durch eine städtische Initiative zur Schaffung von neuen Spielplätzen, unterstützt von Landschaftsplanern und einem zugeordneten Trägerverein, werden mit städtischer Anschubfinanzierung neue Spielmöglichkeiten für Kinder geschaffen. Durch den Prozess der Planung, Umsetzung und Pflege der Spielplätze werden die Bürger aktiv einbezogen. Ein nachhaltiger Bestand der neugeschaffenen Anlagen in einem akzeptablen Zustand ist dadurch deutlich erhöht worden.

☐ **Sportgarten (Bremen)**

Eine von Jugendlichen selbst umgesetzte Idee zur Schaffung einer Vielzwecksportanlage auf einer brachliegenden Fläche; durch Schaffung von Auszeichnungen („Sportgartenaktionär“, „Edler Spender“) konnten private Mittel eingeworben werden, die zusätzlich durch städtische Zuschüsse ergänzt wurden. Die 3-jährige Umsetzungsphase bedeutete die Beteiligung von vielen Jugendlichen, welche über die Jugendtreffpunkte zur Teilnahme motiviert werden konnten.

☐ **Jugendparlament (Bremen)**

Aus 200 Bewerberinnen und Bewerber wurden 100 Teilnehmer im Alter von 15 - 21 Jahren für eine 3-tägige Politikwerkstatt ausgewählt; in diesem Forum wurden analog zu realen Abläufen in der Politik Ausschüsse gebildet, Themen diskutiert und Beschlüsse gefasst. Ziel war einerseits, den Jugendlichen eine Vorstellung von konkreter Politik zu vermitteln, in dem der Rahmen der parlamentarischen Gremien und Regelungen nachgebildet wurde; andererseits sollte die politische Ebene die Anliegen von jungen Menschen zur Kenntnis nehmen.

☐ **Oberbürgermeistersprechstunde im Stadtbüro (Leipzig)**

Alle zwei Wochen steht der OB für alle Bürger zum Gespräch offen. In diesen zwei Stunden sollen vor allem Anregungen allgemeiner Art für die Entwicklung der Stadt aufgenommen werden. Eine offene Gesprächsrunde sorgt für die Transparenz der Beiträge und verhindert die Dominanz von Partikularinteressen. Als Ort wurde für diese Begegnungen ein besonderes „Stadtbüro“ am Marktplatz eingerichtet.

☐ **Bürgerämter (Leipzig)**

In allen Stadtteilen werden 17 Anlaufstellen für Bürger eingerichtet, die über eine Ausgabe von Anträgen hinausgehen, in dem sie auch weiterführende Informationen zu stadtteilbezogenen Aktivitäten von Bürgervereinen bereithalten. Einer räumlichen Konzentration der Verwaltung, die immer auch mit einer gewissen Anonymisierung von Abläufen einhergeht, wird mit dieser Dezentralisierung entgegengewirkt. Wichtig ist hierbei sowohl die Bereitstellung

von Büroinfrastruktur (internetbasierte Vernetzung), eine bürgerorientierte Regelung der Öffnungszeiten als auch der Einsatz von motivierten Mitarbeitern.

☐ **Lokale Demokratiebilanz (Leipzig)**

Diese Form der Evaluation der lokalen Beteiligung verschafft einen Überblick über den jeweiligen Stand der Bürgerbeteiligung. Damit können gleichzeitig Schwachstellen in der kommunalen Zusammenarbeit im Dreieck von Politik, Verwaltung und Bürgerschaft aufgedeckt und bearbeitet werden. Eine Programmgruppe koordiniert die Befragung der Akteure aus allen drei Bereichen und stellt einen Statusreport zusammen, der sowohl die Nutzung von politischen Mitwirkungsmöglichkeiten als auch die Bandbreite der sonstigen öffentlichen Beteiligungsformen erfasst. Über ein Rückmeldeverfahren werden anschließend Änderungen an dieser ersten Fassung aufgenommen und vor der Beratung und Beschlussfassung in der Stadtverordnetenversammlung eingearbeitet. Wichtig ist eine regelmäßige Wiederholung dieser Analyse, um Veränderungen zu erfassen und um gleichzeitig die Erfassung der einzelnen Elemente zu verbessern

☐ **Planspiel (Leipzig)**

In einem Neubaugebiet werden die Anwohner in die Planungen des Amtes für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung einbezogen. Dabei werden gemeinsam die zu diskutierenden Themen, beispielsweise Grün- und Parkflächen sowie Ordnung und Sicherheit festgelegt und anschließend in gemischten Runden von Experten aus der Verwaltung und interessierten Anwohnern beraten.

☐ **Bürgerdialog (Leipzig)**

Regelmäßig finden moderierte Gesprächsrunden zwischen Verwaltung und Bürgervereinen statt. Die Ziele bestehen in einem gegenseitigen Kennenlernen, einer Vermittlung von Kenntnissen über Verwaltungs- und Verfahrensabläufen und einer Sensibilisierung der Verwaltungsmitarbeiter für die Berücksichtigung von Bürgermeinungen. Zusätzlich wird die politische Ebene einbezogen, um den Horizont des Erfahrungsaustausches zu erweitern.

☐ **Kinderbüro (Leipzig)**

Als Ziel wurde formuliert, Kindern eine Möglichkeit zur Beteiligung an Aktivitäten im öffentlichen Raum in ihrer unmittelbaren Wohnumgebung zu bieten. In einer Auswertungskonferenz wurden die von den Kindern im Alter von 9-13 Jahren gemachten Angaben diskutiert und teilweise in kleineren Einzelprojekten umgesetzt.

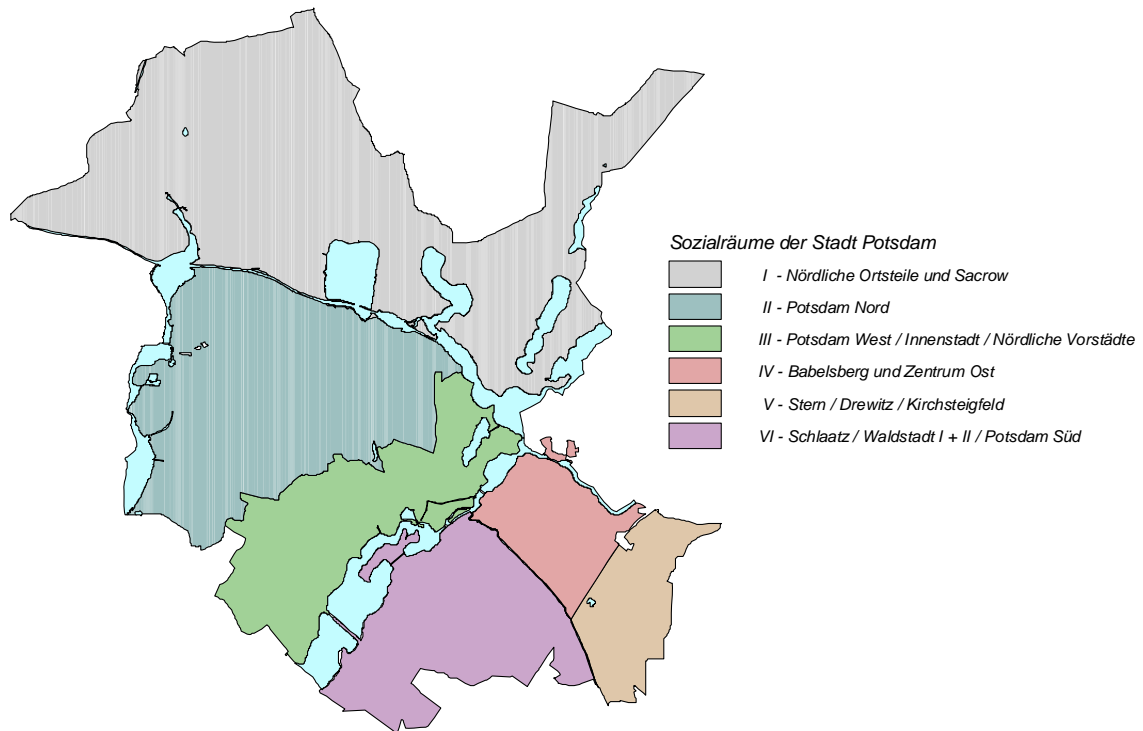
Bürgerhaushalt in anderen Städten – Beispiele

Einige Städte in Deutschland haben in den letzten Jahren in Form von verschiedenen Projekten das Projekt des Bürgerhaushaltes umgesetzt; nachfolgend sollen daher einige Beispiele genannt werden:

- ☐ Interaktive Internetforen (u.a. Berlin)
- ☐ Themenspezifische Anlaufpunkte auf öffentlichen Versammlungen (u.a. als „Gallery Walk“ in Emsdetten),
- ☐ Fragebogenaktionen (u.a. Castrop-Rauxel),
- ☐ Benennung von Ansprechpartnern in der Verwaltung (u.a. Hamm)
- ☐ Die Beschränkung von Diskussionsthemen, um in der Anlaufphase eine übersichtliche Darstellung und Bearbeitung von zuvor ermittelten Schwerpunkten zu ermöglichen.
- ☐ Das „Ampelmodell“ in Vlotho: Ein gutes Beispiel für eine gelungene und nachvollziehbare Auflistung der Bürgervorschläge sowie ihrer weiteren Behandlung: Vorschläge, die nicht umgesetzt werden können erhalten eine rote Ampel, die umgesetzt werden können eine grüne. Vorschläge, die noch nicht gleich umsetzbar sind, erhalten eine gelbe Ampel.

Sozialraumstruktur in der Landeshauptstadt Potsdam

Übersicht über die statistisch gefassten Sozialräume der Landeshauptstadt Potsdam



Sozialraum I Nördliche Gebiete

Stadtteile Fahrland, Groß-Glienicke, Marquardt, Neu Fahrland, Sacrow, Satzkorn, Uetz-Paaren

Sozialraum II Potsdam Nord

Stadtteile Bornim, Bornstedt, Eiche, Golm, Grube, Nedlitz

Sozialraum III West/ Mitte

Stadtteil Nördliche Vorstädte (Nauener-, Jäger-, Berliner-), Nördliche Innenstadt, Brandenburger Vorstadt, Potsdam-West, Wildpark

Sozialraum IV Babelsberg/ Zentrum Ost

Stadtteile Babelsberg Nord, Babelsberg Süd, statistischer Bezirk Zentrum Ost

Sozialraum V Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld

Stadtteile Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld

Sozialraum VI Schlaatz, Waldstadt, Potsdam-Süd

Stadtteile Südliche Innenstadt (ohne Zentrum Ost), Templiner Vorstadt, Teltower Vorstadt, Schlaatz, Waldstadt I, Waldstadt II, Industriegelände, Forst, Potsdam Süd